

Journal für Entwicklungspolitik IX/1, 1993, S. 7 — 19

Heinz Holley

DAS LANGE ENDE DER APARTHEID

Zum Transformationsprozeß in der südafrikanischen Gesellschaft

Abstract

The release of Nelson Mandela, the end of the political banning of the ANC and other organisations and the information campaign of the South African government contributed world-wide to the emergence of a public opinion that Apartheid in South Africa has already disappeared. But although most of the former apartheid legislation has been removed. South Africa is still a country characterised and influenced by apartheid, which should never have existed. Apartheid will not disappear overnight and the process of transformation into a free, democratic and non-racial society will be faced with many new problems, caused by the ideology of apartheid. We must realise that even with the establishment of a new system of government in South Africa to replace the minority rule, the transformation process will still not be complete or for that matter irreversible. Much will still remain to be done to totally remove apartheid. Apartheid will still be one element of the new post-apartheid system. The many wounds created in the South African society would not be over merely with a new black president and a majority of the ANC within a new government.

1. Rückblick

Als der südafrikanische Präsident Frederik de Klerk im Jahr 1989 seine Reformpolitik ankündigte, das Verbot des African-National-Congress (ANC) und anderer oppositioneller Befreiungsbewegungen aufhob, und schließlich am 11. Februar 1990 auch der bis dahin prominenteste politische Häftling der Welt, Nelson Mandela, aus dem Gefängnis entlassen wurde, vermeinten viele, bereits das Ende der Apartheid bejubeln zu können. Diese naive Euphorie über das vermeintliche Ende der Apartheid wurde durch den Ausgang des Referendums über die Reformpolitik De Klerks zusätzlich verstärkt. Die Kommentierung dieser Ereignisse im politischen Veränderungsprozeß in Südafrika wurde dabei in der europäischen Berichterstattung häufig bereits mit dem Ende der Apartheid gleichgesetzt.

Durch eine geschickte Medienpolitik gelang es dem weißen südafrikanischen Regime Präsident De Klerk der Weltöffentlichkeit als Staatsmann zu präsentieren, welcher die Politik der Rassentrennung in Südafrika ein für allemal abgeschafft hätte. De Klerks Politik wurde international so sehr gewürdigt, daß er in manchen Kreisen sogar als möglicher Kandidat für den Friedensnobelpreis gehandelt wurde. Lobbyisten aus Kreisen der Wirtschaft bemühten sich weltweit, auf ihre Regierungen

dahingehend einzuwirken, daß, da nun das Ende der Apartheid in Südafrika regierungsoffiziell verkündet wurde, die Sanktionen gegenüber Südafrika aufgehoben werden sollten. Tatsächlich haben nicht nur europäische Regierungen, sondern auch ein Großteil der afrikanischen Staaten die Reformabsichten De Klerks mit einer gänzlichen oder teilweisen Aufhebung der Sanktionen bzw. der Sistierung dieser Sanktionen gewürdigt.

Fast zeitgleich, als bereits weltweit das Ende der Apartheid propagiert wurde, kam es in Südafrika zu einer Eskalation der Gewalt, wobei diese blutigen Auseinandersetzungen in oberflächlichen Berichterstattungen oder auch böse gemeinten Kommentaren als Stammesfehden dargestellt wurden. Manche Befürworter der Apartheidpolitik, sei es in Südafrika selbst oder in Europa, führten ins Treffen, daß man nun sehe wohin es führt, wenn sich die Weißen in Südafrika aus ihrer Position der Stärke zurückziehen: ein Verlust weißer Herrschaft in Südafrika würde unweigerlich zu einem Krieg der Stämme untereinander führen.

2. Apartheid am Ende, aber noch nicht zu Ende

Genau in dieser Phase des südafrikanischen Transformationsprozesses wird sichtbar, daß die Politik der Apartheid zwar am Ende, aber noch lange nicht zu Ende ist. Will man die Schwierigkeiten des gesellschaftlichen Transformationsprozesses in Südafrika wirklich redlich analysieren so ist es unumgänglich notwendig, Widerspruch gegen jene gewiß plakative Schwarzweiß-Malerei zu erheben und die Hintergründe nicht nur des Konfliktes schwarz gegen weiß, sondern auch schwarz gegen schwarz auszuleuchten. Im folgenden wird der Versuch unternommen, dies am Beispiel der gegenwärtig aktuellen Problemlagen in Südafrika zu tun.

2.1. Anmerkungen zur Position De Klerks

Ohne Zweifel ist in der Reihe der südafrikanischen Premierminister bzw. Staatspräsidenten De Klerk jener Politiker, bei welchem realpolitische Einschätzung und Bereitschaft zu pragmatischem, ja notwendigem Handeln einen stärkeren Stellenwert hat, als die vorrangige Verpflichtung gegenüber den bisher als unantastbar geglaubten ideologischen und rassistischen Fundamenten des Afrikaans Nationalismus. Es wäre aber verfehlt und weit überzogen, De Klerk als jene charismatische Persönlichkeit einzuschätzen, die aus eigenem Antrieb heraus ein neues, nicht rassistisches Südafrika verwirklichen möchte, weil sie immer schon von dieser Vision beseelt gewesen ist. De Klerk war aber nüchtern genug abzusehen, daß es nicht möglich ist, mit eskalierender Verstärkung des Unterdrückungsapparates in Südafrika die Politik der Apartheid gegen den Willen der Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung durchzusetzen. Vor allem aber realisierte De Klerk den wachsenden internen Widerstand durch die demokratische Massenbewegung, des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU und der Kirchen, die sich trotz Verboten von Massendemonstrationen und Streiks über diese hinweggesetzt hatten und immer wieder das Ende der Apartheid einforderten. Dazu kam als Folge internationaler Sanktionen

und zunehmender Isolierung durch die internationale Gemeinschaft, daß die südafrikanischen Wirtschaftsdaten immer schlechter wurden und diese Auswirkungen auch für die Bevölkerungsgruppe der Weißen zu verspüren waren.

Offensichtlich hat De Klerk in dieser bedrängten Situation die ursprüngliche Doktrin des notwendigen Machtmonopols für die Weißen in eine Aufteilungsdoktrin der Macht zur Sicherung der Interessen der Weißen umgeändert. Allerdings ist dabei zu bemerken, daß, wie in einem weithin unbekannten Positionspapier des „Broederbondes“ nachgelesen werden kann, diese Machtaufteilung mit politischen Zielsetzungen bzw. Bedingungen verknüpft werden sollte, um auch in einer Postapartheid-Gesellschaft die privilegierte Position der Weißen zu garantieren. Betrachtet man die Position De Klerks ist feststellbar, daß sich der Verwirklichung seiner Reformpolitik, die zu einem Ende der Apartheid führen soll, vor allem folgende Schwierigkeiten in den Weg stellen:

- Bezüglich des Verständnisses De Klerks im Hinblick auf die Frage, wie dieses neue Südafrika aussehen soll, gibt es gegenüber dem, was von den Vertretern der nichtweißen Bevölkerungsmehrheit erwartet und gefordert wird, erhebliche Diskrepanzen. Insbesondere versucht De Klerk die Position der Weißen durch entsprechende Verfassungsbestimmungen so sehr zu stärken, daß man auf Seiten des ANC zu Recht befürchten muß, daß auf diese Weise Apartheid ohne sie zu nennen durch die Hintertür wiedereingeführt wird.
- Eine zweite Schwierigkeit, mit der sich De Klerk konfrontiert sieht, ist die Tatsache, daß seine Reformabsichten, nicht bloß von den radikalen Bewegungen und Parteien rechts von der nationalen Partei entschieden abgelehnt und bekämpft werden, sondern auch innerhalb der nationalen Partei zum Teil skeptisch bis argwöhnisch verfolgt werden. Überdies muß De Klerk darauf achten, möglichst bald zu einem politischen Konsens im Hinblick auf den Weg zu einer neuen südafrikanischen Verfassung und den politischen Strukturen für eine neues Südafrika zu kommen, da eine nochmalige Wahl allein unter Weißen zum südafrikanischen Parlament bei der gegenwärtigen instabilen politischen Lage zu einem Rückschlag führen könnte: ein Rechtsruck bei einer nochmaligen alleinigen Parlamentswahl der Weißen könnte den Transformationsprozeß in Südafrika zwar auf lange Sicht nicht verhindern, wäre aber sicher Ursache für eine einschneidende Verzögerung, ja sogar Radikalisierung des Transformationsprozesses.

2.2. Die Schwierigkeiten des ANC

Um die Rolle des ANC und auch die Schwierigkeiten und Probleme innerhalb dieser südafrikanischen Befreiungsbewegung besser verstehen zu können ist es notwendig, einen Blick auf die Geschichte dieser Befreiungsbewegung zu werfen. Der African National Congress wurde als eine überparteiliche nicht-rassistische und überkonfessionelle Widerstandsbewegung gegen die Rassentrennungspolitik in Südafrika ins Leben gerufen. Es ist deshalb in Erinnerung zu rufen, daß der ANC weder eine Xhosa-Bewegung ist, nur weil ihr Vorsitzender, Nelson Mandela, dieser ethnischen Gruppe angehört, noch als marxistische Terrororganisation abqualifiziert werden darf, wie dies häufig auch in Europa durch Anhänger bürgerlicher und konservativer Wertorientierungen bzw. Parteien geschieht.

Es ist sicher richtig, daß der ANC, insbesondere in den Jahren als er verboten war, ideelle und materielle Unterstützung aus Moskau und anderen ehemaligen kommunistischen Staaten erhalten hat. Aber im Interesse der geschichtlichen Wahrheit ist es geboten darauf hinzuweisen, daß der ANC zunächst bemüht war, für seine politischen Ziele bei den Westmächten Gehör und Unterstützung zu finden. In der Freiheits-Charta von 1955 forderte der ANC Punkte, die normalerweise für eine freie und demokratische Gesellschaft nur recht und billig sind:

- Südafrika sollte allen Menschen gehören, die in diesem Land leben.
- Alle Südafrikaner sollten unbeschadet ihrer Rasse, ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihres Glaubensbekenntnisses, die gleichen Rechte haben.
- Gesetze, die Familien zwingen, getrennt zu leben, sollten aufgehoben werden.
- Das ganze Volk Südafrikas sollte Anteil am Reichtum dieses Landes haben.¹

Allerdings war den Westmächten in der Zeit des kalten Krieges aus wirtschaftlichen und geopolitischen Gründen ein gutes Verhältnis zu Pretoria wichtiger als südafrikanische Befreiungsbewegungen in ihrem Kampf um Gleichberechtigung und Verwirklichung der Menschenrechte in Südafrika zu unterstützen. Erst nach den Unruhen von SOWETO im Jahr 1976 wurde in den westeuropäischen Demokratien und in den USA, beeinflusst durch die Anti-Apartheidbewegungen eine differenzierte und wohlwollendere Position gegenüber dem ANC erkennbar.

Nach seiner Wiedenzulassung hatte der ANC allerdings nicht nur mit diesen beiden Vorhaltungen sowohl innerhalb Südafrikas als auch in Europa zu rechnen, wo kurz zuvor der Kommunismus in sich zusammenfiel. Nach Wiedenzulassung des ANC stellten sich für diese Befreiungsbewegung vor allem folgende Schwierigkeiten:

- Aufgrund der unterschiedlichen Erfahrungen von Inlands- und Auslands-ANC war es vorerst notwendig zu einer Abklärung der politischen Positionen zu kommen.
- Nach Wiedenzulassung des ANC war die Kommunikation zwischen den Verantwortungsträgern auf den verschiedenen Ebenen äußerst schwierig, da de facto die landesweite Organisation nach Jahren des Verbots erst wieder errichtet werden mußte.
- Da der ANC eine politische Sammelbewegung war, in der auch Funktionäre der südafrikanischen-Kommunistischen Partei bis in hohe Funktionen tätig waren, mußte nun in der neuen Situation eine deutlichere Differenzierung zwischen der Politik des ANC und jener der südafrikanischen Kommunistischen Partei erfolgen, wobei in dieser deutlicheren Absetzung von der Kommunistischen Partei die Weggefährten im Befreiungskampf jedoch nicht vor den Kopf gestoßen werden sollten.
- Nicht unerwähnt bleiben darf, daß diese immensen Herausforderungen auf dem Weg von einer Befreiungs- bzw. Widerstandsbewegung hin zur vermutlich künftig staatstragenden Partei in Südafrika innerhalb des ANC selbst mit zum Teil sehr schwierigen Lernprozessen verbunden sind.
- Dieser Lernprozeß ist jedoch nicht bloß ein ANC-internes Problem, sondern ist auch im Hinblick auf die Haltung all jener Südafrikaner zu sehen, denen Jahrzehnte lang durch eine totalitäre Propagandamaschinerie eingehämmert wurde, daß diese Bewegung eine staatsgefährdende Terroristengruppe ist, und deren Vorsitzender Nelson Mandela als gefährlichster Krimineller des Landes desavouiert wurde. Der ANC hat sich daher der schwierigen Herausforderung zu stellen, sich sowohl national wie auch international von diesem Image zu befreien und als demokratische Kraft zu präsentieren.

- Schließlich kann nicht unerwähnt bleiben, daß Nelson Mandela nicht mehr der jüngste ist. Sein hohes Ansehen im ANC, aber auch bei der nicht-weißen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika, hat sicher dazu beigetragen, daß im ANC trotz unterschiedlicher Positionen keine Fraktionierungen entstanden sind, die die Verhandlungsposition des ANC schwächen könnten. Ein Wechsel an der Spitze des ANC könnte aber durchaus die Gefahr einer solchen Entwicklung beinhalten.

3. Südafrikas Reformschock

Für die meisten weißen Südafrikaner muß es ein Schockerlebnis gewesen sein, als sie im Fernsehen mit ansehen konnten, daß Nelson Mandela, der gestern noch als gefährlicher Krimineller und Staatsfeind Nummer eins galt, anlässlich seiner Freilassung vom südafrikanischen Präsidenten nicht nur persönlich empfangen wurde, sondern unmittelbar nach der Freilassung mit diesem über ein künftiges Südafrika zu verhandeln begann. Vor allem die rechtsradikalen Weißen innerhalb von Polizei und Militär, aber auch der einstige Weggefährte von Nelson Mandela, Chief Gathsha Buthelezi, begannen aus unterschiedlicher Motivation nun radikal und gewaltsam für ihre Position zu kämpfen.

Für die nationale Rechte Südafrikas, innerhalb der nationalen Partei aber auch noch weiter rechts von ihr, wurde die Reformpolitik der Klerks als Verrat an den ehernen Prinzipien der südafrikanischen Politik gebrandmarkt. Bei Nachwahlen im Jahr 1990 wurde offenkundig, daß der rechte Rand der Nationalen Partei zu den rechts von der Nationalen Partei stehenden Parteien überlief, da sie in der National Party nicht mehr den Garanten für eine weiße Herrschaft am Kap der Guten Hoffnung erblickten.

Die Konservative Partei (CP) und die Afrikaaner Weerstandsbeweging (AWB) des rechtsradikalen weißen Extremistenführers Terreblanche stellten sich nicht nur gegen den angekündigten Reformprozeß, sondern forderten, daß die Apartheidpolitik endlich voll verwirklicht und nicht durch Reformen verwaschen werden sollte. Schon bei den letzten Wahlen liefen viele von der Nationalen Partei Enttäuschte zur Konservativen Partei über, und die Nationale Partei konnte aufgrund des südafrikanischen Wahlrechts mit nur 48% der Stimmen der weißen Wählerschaft die absolute Mehrheit in der Mandatsverteilung erreichen.² Die rechtsradikalen Extremisten um Terreblanche sind zwar nicht als Partei im Parlament vertreten, haben aber als paramilitärische Kommandos vor allem bei der weißen Bevölkerung auf dem Lande große Unterstützung. Die Zahl ihrer Sympathisanten wird auf ca. 150.000 geschätzt.³ Wiederholt kündigten Terreblanche und seine Anhänger an, daß sie nicht hinnehmen würden, von Schwarzen regiert zu werden, und bereit seien, bis zum letzten Blutstropfen das weiße Erbe Südafrikas zu verteidigen.

Am deutlichsten war der Widerstand gegen den Reformprozeß im Sicherheitsapparat festzustellen. Für viele Angehörige der Polizei, Sicherheitspolizei und der Armee, welche bisher zu den Säulen des Apartheidregimes zählten, bedeutete das angekündigte Ende der Apartheid nicht nur eine Einbuße an Macht, sondern auch die Furcht, daß sie in einem rechtsstaatlichen Südafrika für ihre Mittäterschaft zur Verantwortung gezogen würden.

Den Reformschock gab es aber nicht nur im weißen Lager: Gathsha Buthelezi, Homelandführer von Qua Zulu und Präsident der Inkathabewegung, bisher von der Regierung trotz seiner punktuellen Oppositionshaltung verhätschelt und sich selbst schon als den ersten schwarzen Ministerpräsident Südafrikas sehend, bemerkt nun plötzlich, daß die Regierung nicht mit ihm Gespräche führt, sondern mit dem ANC, dem er selbst zwar auch einmal angehörte, den er aber wegen Meinungsverschiedenheiten über den politischen Kurs verließ. Buthelezi, in den Augen vieler Südafrikaner — vor allem auch aus der Wirtschaft — als schwarzer Musterschüler betrachtet, ist selbst ein ehrgeiziger und auch eitler Politiker, der nun seine Wichtigkeit dadurch wiederherzustellen versucht, indem er sich mit Einsatz von Gewalt an den Verhandlungstisch zurückkaptulieren möchte. Buthelezi gibt dabei vor, Sprecher für die Zulus Südafrikas zu sein, und unterstellt dem ANC, lediglich eine Xhosaorganisation zu sein, weil deren stellvertretender Vorsitzender Nelson Mandela dieser ethnischen Gruppe angehört.

Obwohl diese Darstellung nicht der Wahrheit entspricht, wird sie von den Medien unkritisch übernommen, was dazu führt, daß in der Berichterstattung die Stammesfeinden überproportional betont werden. Dazu ist anzumerken, daß einer der geistigen Väter des ANC, der erste südafrikanische Friedensnobelpreisträger, Chief Albert Luthuli, selbst Zulu war. Südafrikanische Umfragen zeigen ebenso, daß der ANC auch unter den Zulus von allen politischen Gruppierungen die stärkste Unterstützung hat. Buthelezi gibt aber vor, für die Zulus zu sprechen, wenn er als Vorsitzender seiner traditionalistischen und populistischen Inkathabewegung agiert. Buthelezi setzt bewußt auf die vom Apartheidregime geförderten Stammesunterschiede zur Erreichung seiner politischen Ziele. Oskar Dhlomo, der ehemalige Generalsekretär von Inkatha, welcher diese Bewegung aus Protest verlassen hatte, verwies darauf, daß es in der südafrikanischen Situation verhängnisvoll sei, wenn jemand wie Buthelezi versuche, auf einem „tribal piano“ zu spielen.

In dieser Situation kam es zu einem Schulterchluß zwischen Teilen rechtsradikaler Weißer aus Polizei und Militär mit Buthelezis Inkatha. Immer häufiger kam es zu gewaltsamen Übergriffen der Inkatha.

Als schließlich im August 1990 das Pretoria-Übereinkommen zwischen de Klerk und Mandela vereinbart wurde, sprang diese Welle der Gewalt und Einschüchterung auch auf die Gebiete des Wirtschaftszentrums rund um Johannesburg über. In Thokoza, einer Township in der Nähe von Johannesburg, berichtete der dortige Pfarrer den Mitgliedern einer Delegation der Österreichischen Bischofskonferenz und der Österreichischen Kommission *Justitia et Pax* wenige Tage vor Ausbruch der Unruhen, daß sich in der Bevölkerung Angst breit mache, weil sich Inkatha-Kämpfer angesagt hätten. Die besorgte Bevölkerung wolle sich an die Polizei um Schutz wenden, würde aber nicht ernst genommen.

Als die Kämpfe dann ausbrachen, wurde beobachtet, daß die Inkatha-Leute von der Polizei eskortiert in die Wohnsiedlungen zogen, die Polizei aber tatenlos zusah, als sich dort ein Blutbad ereignete. Ähnliche Beobachtungen häuften sich in dem Ausmaß, wie sich die Gewalt binnen weniger Tage auch auf Soweto und andere Gebiete um Johannesburg ausbreitete.⁴ Trotz einer Anzahl von Bilddokumenten, die eine Parteinahme der weißen Polizei für die Inkatha belegten, wurde von der Regierung de Klerks eine Beteiligung zwar immer bestritten, aber auch keine ernsthaften Bemühungen unternommen, diese Vorfälle untersuchen zu lassen. Das, was

lange bestritten und von rechtsgerichteten Kreisen als Propaganda des ANC hingestellt wurde, der damit lediglich von den eigenen Übergriffen ablenken wolle, bestätigte sich dann allerdings, als nachgewiesen werden konnte, daß die Inkatha von der Regierung seit langem finanzielle Unterstützung erhalten hatte. Die Aufdeckung dieses Skandals (Inkathagate) führte zur Absetzung der involvierten Minister für Verteidigung und Polizei durch Präsident de Klerk, hat aber dessen Glaubwürdigkeit in den Augen vieler Schwarzer stark reduziert.⁵

4. Ausblick auf Chancen und Gefahren für den weiteren Transformationsprozeß

Es grenzt nahezu an ein Wunder, daß trotz der immer wieder aufflammenden Gewaltausbrüche, die mittlerweile schon weit über 10.000 Todesopfer gekostet haben, und trotz der wiederholten Ankündigungen des ANC, unter diesen Bedingungen die Gespräche abubrechen, es dennoch immer wieder gelang, die entstandenen Vertrauenskrisen nicht eskalieren zu lassen. Selbst nach dem tatsächlichen Abbruch der Verhandlungen zwischen Regierung und ANC sind die Gespräche wieder aufgenommen worden und sollten keine weiteren schwerwiegenden Irritationen hinzukommen, kann im Jahr 1993 möglicherweise mit einem Durchbruch gerechnet werden. Dennoch ist angesichts der enormen Probleme Südafrikas überschweglicher Optimismus fehl am Platz. In einer realistischen Einschätzung der Schwierigkeiten und Gefahren müssen im Überblick folgende Aspekte angeführt werden:

Bei der „Allparteienkonferenz“, welche im Dezember 1991 in Johannesburg stattfand, konnte zwar Einigkeit darüber erzielt werden, eigene Arbeitsausschüsse zur Vorbereitung einer Folgekonferenz im März 1992 einzusetzen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß diese Konferenz von den extremen rechten wie linken Parteien boykottiert worden ist (Konservative Partei, Afrikaaner Weerstandsbeweging, PAC, AZAPU). Auch gibt es immer noch sehr konträre Ansichten darüber, wie man zu einer neuen Verfassung kommen kann. Die Vorschläge reichten damals von einer Wahl zur „Verfassungsgebenden Versammlung“, ähnlich wie in Namibia, (der ursprünglichen Forderung des ANC) bis hin zu einer Übergangsregierung, die eine solche Verfassung und Neuwahlen vorbereitet, oder daß die Allparteienkonferenz selbst die Grundsätze für eine Verfassung formuliert.

Abgesehen von den unterschiedlichen Ansichten über das *procedere* gibt es vor allem hinsichtlich der Inhalte für die neue Südafrikanische Verfassung noch erhebliche Unterschiede. Die Nationale Partei möchte auch in der neuen Verfassung die Gruppenrechte verankert haben. Dies wird vom ANC mit der Begründung abgelehnt, daß auf diese Weise die alte Apartheid durch die Hintertür wieder Eingang finden könnte. Der ANC besteht daher auf einer individualrechtlich orientierten Verfassung und dürfte lediglich bereit sein, Minderheitenschutzbestimmungen in die Verfassung aufzunehmen.

Große Unterschiede gibt es schließlich immer noch im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Prämissen. Der ANC spricht bereits von einer *mixed economy*, dürfte aber kaum bereit sein, auf die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien zu verzichten.

Seit dem Ausgang des Referendums über die Reformpolitik de Klerks ist die Annahme, daß es in Südafrika keine Wiederherstellung der alten Apartheid geben

wird, gewiß um einiges wahrscheinlicher geworden. Dennoch sollte davor gewarnt werden, das Ergebnis dieser Befragung bereits mit dem definitiven Ende der Apartheid gleichzusetzen. Man muß sich nämlich vergegenwärtigen, daß zwar über 60% der weißen Wähler die Politik der Klerks unterstützt haben, jedoch ein gutes Drittel der weißen Südafrikaner mit ihrer Nein-Stimme das Ja zur alten Apartheid zum Ausdruck gebracht haben. Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Teil der weißen Bevölkerung das Ergebnis des Referendums als politisches Faktum akzeptieren wird. Erste Wortmeldungen ihrer politischen Exponenten lassen eher darauf schließen, daß der militante rechtsradikale burische Nationalismus diese Niederlage zum Anlaß nehmen wird, sich neu zu formieren und möglicherweise den Terror zur Verteidigung des Apartheidsystems intensivieren wird. Die Interpretation des Ausgangs des Referendums durch den Vorsitzenden der Konservativen Partei, Andries Treurnicht, man habe eine Schlacht, nicht aber den Krieg verloren, läßt eine solche Annahme durchaus als realistisch erscheinen. Die Ermordung des ANC-Spitzenfunktionärs Chris Hani durch einen der Afrikaaner Weerstandsbeweging nahestehenden polnischen Einwanderer, bei dem eine Liste von weiteren Todeskandidaten gefunden wurde, ist ein weiteres Indiz dafür, daß rechtsextreme weiße Gruppierungen gewaltsam versuchen, weiter für die Wiedererrichtung der Apartheid zu kämpfen. Dies bedeutet für den anstehenden Transformationsprozeß der südafrikanischen Gesellschaft ein erhebliches Gefahrenmoment.

Wenngleich eine deutliche Mehrheit der weißen südafrikanischen Wähler mit ihrem Ja beim Referendum eine Offenheit für eine Veränderung Südafrikas signalisiert hat, darf nicht übersehen werden, daß wahrscheinlich die meisten weißen Südafrikaner, die die Reformpolitik der Klerks unterstützt haben, sich noch gar nicht bewußt sind, welche Konsequenzen ein „neues Südafrika“ auf ihre eigenen Interessen und ihre bisher gewohnte Lebensweise haben wird. Es könnte durchaus sein, daß so mancher weiße Südafrikaner, welcher der Klerk unterstützt hat, seine verbale Veränderungsbereitschaft spätestens dann revidiert, wenn erste Auswirkungen des Verlustes weißer Privilegien spürbar werden.

Selbst wenn es in diesen zentralen Fragen zu Kompromissen und einer politischen Einigung kommt, bleibt eine Fülle von Problemen und Schwierigkeiten, die den in Gang gekommenen Transformationsprozeß beeinträchtigen können. Die südafrikanische Postapartheidgesellschaft wird vermutlich noch Generationen damit befaßt sein, die Hypothek der Apartheid zu tilgen. Die internalisierten Denk-, Bewertungs- und Handlungsmuster für das Leben in der Apartheidgesellschaft werden nicht schon deshalb verschwinden, weil die gesetzliche Apartheid abgeschafft wurde. Im Gegenteil: das Aufeinandertreffen von alten Rollenerwartungen und neuen Rollenverständnissen wird noch lange Zeit Konfliktpotential bleiben. Im neuen Südafrika wird es daher viel Zeit und Verständnis brauchen, damit neue soziale Lernräume entstehen können, in denen nicht-rassistische Verhaltensmuster erfahren werden können.

Eine enorme Bedeutung in diesem Transformationsprozeß wird dabei der Bewältigung der anstehenden sozialen Probleme zukommen. Viele dieser Sozialprobleme sind durch die Politik der Apartheid entstanden, bzw. ist deren Ausmaß dramatisch verschärft worden. Ressourcen- und Chancenverteilung standen all zu lange in einem disproportionalen Verhältnis zur Verteilung der südafrikanischen Bevölkerung.

Die künftige Bevölkerungsentwicklung Südafrikas verschärft dabei die Schwierigkeiten, mit denen sich (in hoffentlich nicht allzu langer Zukunft) eine demokratische und nicht-rassistische Regierung konfrontiert sehen wird.

Tabelle 1: Entwicklung der südafrikanischen Bevölkerung 1980 — 2020 nach Alters- und Bevölkerungsgruppen. (Angaben in 1000)

	Alter	1980	1990	2000	2020
Weiße	0 — 14	1.223	1.094	1.057	1.075
	15 — 64	2.943	3.431	3.698	3.734
	65 +	362	447	528	849
	Total	4.528	4.972	5.283	5.658
Coloureds	0 — 14	1.047	1.052	1.157	1.054
	15 — 64	1.558	2.009	2.426	3.208
	65 +	81	128	149	321
	Total	2.686	3.189	3.732	4.583
Asiaten	0 — 14	304	301	300	306
	15 — 64	492	642	755	890
	65 +	25	29	56	133
	Total	821	972	1.111	1.329
Schwarze	0 — 14	8.944	12.145	15.190	20.718
	15 — 64	11.232	15.252	20.747	36.109
	65 +	624	847	1.111	2.368
	Total	20.800	28.244	37.048	59.195

Quelle: E. Dostal (Hrsg.), *Business Futures 1990*. Institute for Futures Research, University of Stellenbosch, Stellenbosch 1990.

Innerhalb der nächsten dreißig Jahre wird sich der Bevölkerungsanteil der schwarzen Südafrikaner ungefähr verdoppeln, Coloureds und Asiaten werden um etwa 50% mehr sein. Die prognostizierte Zunahme der Weißen um 14% geht dabei zu einem guten Teil auf die Einwanderungspolitik zurück. Schon heute bestehen enorme Sozialdefizite für die nichtweiße Bevölkerung Südafrikas. Die große soziale Herausforderung des neuen Südafrika wird aber nicht bloß die sein, die sozialen Disparitäten der heute lebenden Bevölkerung auszugleichen, sondern darin bestehen, zusätzlich jene Rahmenbedingungen zu schaffen, durch die auch die nachrückende Generation echte Lebenschancen vorfinden kann.

Wohnung, Bildung, Arbeit und medizinische Versorgung stellen dabei jene Sozialbereiche dar, in denen eine ungeheure Aufholarbeit zu leisten sein wird. Als Ergebnis der bisherigen Versäumnisse leben in Südafrika geschätzte sechs Mill. Squatters (Slumbewohner), allein die Hälfte davon im Gebiet um Johannesburg und Pretoria. Nach einer südafrikanischen Bedarfseinschätzung für Wohnungen bestand für Schwarze im Jahr 1988 bereits ein Defizit von über einer Million Wohnungen. Um dem Bevölkerungszuwachs in der Wohnungspolitik für Schwarze zu entsprechen, müßten bis zur Jahrtausendwende jährlich über 160.000 zusätzliche Wohneinheiten geschaffen werden.

Tabelle 2: Wohnungsbedarf in Südafrika nach Bevölkerungsgruppen

	Defizit 1988	Jährl. Zusatzbedarf 1988 — 2000	Jährl. Zusatzbedarf 2000 — 2010	Jährl. Zusatzbedarf 2010 — 2020
Weiße	25.000	9.000	8.000	6.000
Coloureds	110.000	11.000	9.000	9.000
Asiaten	36.000	4.000	3.000	3.000
Schwarze	1.050.000	137.000	173.000	190.000
Total	1.221.000	161.000	193.000	208.000

Quelle: E. Dostal (Hrsg.), Business Futures 1990. Institute for Futures Research, University of Stellenbosch, Stellenbosch 1990.

Zu dieser südafrikanischen Wohnbedarfsanalyse ist anzumerken, daß die Wohneinheiten für Weiße und Asiaten mit vier Personen kalkuliert wurden, jene der Coloureds mit fünf und die der Schwarzen mit sechs Personen. Angesichts dieser Datenlage ist anzunehmen, daß selbst bei außerordentlichen Bemühungen einer neuen Regierung in der Art des Wohnens, Südafrika auch lange nach der Jahrtausendwende noch von den Auswirkungen der Apartheid geprägt sein wird.

Ähnliches gilt für den Bildungsbereich, der in besonders krasser Weise die Folgen der Apartheid widerspiegelt. Bezugnehmend auf südafrikanische Quellen wurde von der Delegation der Österreichischen Bischofskonferenz und Justitia et Pax in einem Bericht 1990 festgestellt, daß drei Mill. schulpflichtige nicht-weiße Kinder nicht in die Schule gehen und jedes Jahr ca. 660.000 vor allem aus finanziellen Gründen die Schule vorzeitig verlassen. Der Minister für das schwarze Bildungswesen Marais bezifferte 1990 den jährlichen Finanzbedarf mit 13 Mrd. Rand zusätzlich zum normalen Budget, wenn für die wachsenden Schülerzahlen Schulräume und Lehrer bereitgestellt werden sollen. 1988 betrug das Lehrer/Schüler Verhältnis für Schwarze 1: 44, für Weiße hingegen 1: 16. Als Ergebnis der rassistisch orientierten Bildungspolitik fehlen Tausende schwarzer Lehrer und die Hälfte der im Pflichtschulbereich vorhandenen Lehrkräfte hat nicht einmal Matura.

In dieser Ausgangslage werden die durch die Bevölkerungsentwicklung geradezu explodierenden Schülerzahlen zu einer ungeheueren Herausforderung.

Tabelle 3: Anzahl von Lehrern in Südafrika nach Bevölkerungsgruppen

	1987	2000 Basis: Lehrer/Schüler- verhältnis 1985	2000 Basis: in allen Bevölkerungsgruppen gleiches Lehrer/Schülerverhältnis
Weiße	53.000	45.000	45.000
Coloureds	35.000	34.000	45.000
Asiaten	11.000	10.000	12.000
Schwarze	165.000	294.000	649.000
Total	264.000	383.000	751.000

Quelle: E. Dostal (Hrsg.), Business Futures 1990. Institute for Futures Research, University of Stellenbosch, Stellenbosch 1990.

Wenn bis zur Jahrtausendwende die Apartheid im Schulbereich überwunden werden sollte, würde dies im Klartext bedeuten, daß bis dahin etwa eine halbe Million zusätzlicher Lehrer für nicht-weiße Schüler zur Verfügung stehen müßten.

Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Schulabgänger stellt eine weitere immense Herausforderung dar. Nach Berechnungen des Institute for Futures Research der Universität Stellenbosch wird sich der wirtschaftlich aktive Anteil der schwarzen Bevölkerungsgruppe innerhalb der nächsten Generation (bis zum Jahr 2020) mehr als verdoppeln. Die nachstehende Tabelle verdeutlicht, welche ungeheueren Leistungen von einem künftigen südafrikanischen Wirtschaftssystem erbracht werden müßten, um genügend Arbeitsplätze insbesondere für die nicht-weißen Bevölkerungsgruppen bereitzustellen.

Tabelle 4: Entwicklung der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung Südafrikas nach Bevölkerungsgruppen

Jahr	Weißer	Coloureds	Asiaten	Schwarze	Total
1990	2,224.000	1,311.000	320.000	10,571.000	14,426.000
2000	2,440.000	1,595.000	396.000	14,224.000	18,655.000
2010	2,543.000	1,965.000	433.000	18,659.000	23,500.000
2020	2,605.000	2,061.000	461.000	23,839.000	28,966.000

Quelle: E. Dostal (Hrsg.), Business Futures 1990. Institute for Futures Research, University of Stellenbosch, Stellenbosch 1990.

1990 wurde in Südafrika die Arbeitslosenzahl mit 18% angegeben. Schließt man allerdings die in den sogenannten Homelands lebenden Südafrikaner mit ein, so kann geschätzt werden, daß nahezu die Hälfte der arbeitsfähigen schwarzen Bevölkerung arbeitslos ist.

Daß in Südafrika Kindersterblichkeit und Lebenserwartung in der Bevölkerung nicht gleich verteilt sind, sondern nach Rassengruppen erheblich differieren, ist das Ergebnis eines rassistischen Systems, das die Lebenschancen bewußt unterschiedlich zugewiesen hat.

Tabelle 5: Lebenserwartung und Kindersterblichkeit in Südafrika (1980 — 1985) nach Bevölkerungsgruppen

	Lebenserwartung	Kindersterblichkeit pro 1000 Geburten
Weißer	70	14
Coloureds	58	65
Asiaten	65	23
Schwarze	57	86

Quelle: E. Dostal (Hrsg.), Business Futures 1990. Institute for Futures Research, University of Stellenbosch, Stellenbosch 1990.

Es wird geschätzt, daß in Südafrika ein Arzt für 400 Weiße zur Verfügung steht, während sich 9.000 Schwarze ebenso mit einem Arzt begnügen müssen.

In dieser unvollständigen Skizze der Herausforderungen, mit denen sich die künftigen Verantwortungsträger für ein neues Südafrika konfrontiert sehen werden, sollte angedeutet werden, daß die Hypothek der Apartheid Südafrika noch lange belasten wird. Massenarbeitslosigkeit und Massenobdachlosigkeit, der Aufbau eines Bildungs- und Gesundheitssystems werden die größten sozialen Herausforderungen im neuen Südafrika sein. Die Erwartungen, insbesondere bei nicht-weißen Jugendlichen, daß sich die Lebenssituation unter einer schwarzen Mehrheitsregierung rasch und spürbar verändern werde, können mit Sicherheit nicht eingelöst werden, da das, was durch die Apartheidpolitik an sozialer Problematik entstanden ist, in kurzer Zeit nicht sanierbar ist. Für die Stabilität dieses Transformationsprozesses wird es daher von großer Wichtigkeit sein, für die nicht-weiße Jugend Südafrikas die Bildungssituation zu verbessern und Arbeitsmöglichkeiten für eine rasch wachsende Bevölkerung zu schaffen. Das Gelingen einer friedlichen Umgestaltung der südafrikanischen Gesellschaft braucht angesichts der riesigen Probleme auch in der Zeit der Postapartheid die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. Diese Unterstützung wäre aber unzureichend, ja kontraproduktiv, wenn nur das moderne Südafrika gesehen wird. Auch ein freies Südafrika wird (vermutlich noch sehr lange) gleichzeitig Industrieration und Entwicklungsland sein. Damit die Distanzen dieser beiden Welten kleiner werden, ist es notwendig, daß nach Wegfall der Sanktionen nicht wieder nur in die „erste Welt“ Südafrikas investiert wird, sondern auch die „dritte Welt“ in Südafrika auf ideelle und materielle Unterstützung hoffen kann.

Eine besondere Schwierigkeit in diesem Transformationsprozeß ist dabei aber auch die Überwindung der Fremdheit im eigenen Land. Der bekannte südafrikanische Theologe Albert Nolan verweist darauf, daß in Südafrika zwei Welten innerhalb eines Landes geschaffen wurden und dies dazu geführt hat, daß ein und dieselbe Situation in zwei grundverschiedenen Wahrnehmungsweisen beurteilt wird. Wörtlich meint er: „Wer sich regelmäßig von der einen in die andere Welt begibt, kann den Unterschied sehen und hören, und natürlich begeben sich die meisten Schwarzen tagtäglich, wenn sie zur Arbeit gehen, in die weiße Welt. Andererseits haben die meisten Weißen das Innere eines schwarzen Townships oder einer schwarzen Wohnung noch nie gesehen. Sie wissen bisweilen mehr über die Eßgewohnheiten und Iglus der Eskimos in Grönland als über das Leben und die Gedankenwelt ihrer Hausangestellten und Bediensteten. Darüberhinaus trauen sich diejenigen Schwarzen, die den ganzen Tag bei Weißen arbeiten, aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht zu sagen, was sie denken.“⁶

Eine zweite große Schwierigkeit für diesen Transformationsprozeß liegt darin, daß Südafrika nicht nur durch die Apartheid geprägt wurde, sondern innerhalb seiner Grenzen gleichzeitig die erste wie auch die dritte Welt umfaßt. Verschärft durch die Auswirkungen der Apartheidpolitik gibt es enormes Gefälle im Lebensstandard zwischen Weißen, Mischlingen, Asiaten und Afrikanern. Laut einer Studie aus dem Jahr 1990 gehen in Südafrika drei Mill. schulpflichtige Kinder nicht zur Schule, jedes Jahr verlassen 660.000 Schüler aus finanziellen Gründen vorzeitig die Schule. Im Gesundheitsbereich besteht ebenfalls enormer Entwicklungsbedarf: unter Farbigen und Schwarzen entfallen 50% aller Todesfälle auf Kinder unter fünf Jahren, bei

Weißes sind es nur 7%. Die Mehrheit der über 30 Mill. Nichtweißen kann die Grundbedürfnisse des Lebens nicht ausreichend befriedigen. Massenarbeitslosigkeit und Massenobdachlosigkeit werden die größten sozialen Herausforderungen im neuen Südafrika sein.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint es so, daß in Südafrika im kommenden Jahr die ersten freien Wahlen stattfinden könnten. Basierend auf den Ergebnissen dieser Wahl sollte nach Übereinkunft zwischen dem ANC und der National Party eine Regierung der nationalen Einheit gebildet werden. Sollte man sich in den weiteren Gesprächen wie vom ANC vorgeschlagen auf eine Fünf-Prozent-Klausel einigen, dann würde sich diese Übergangsregierung für die Dauer von Fünf Jahren nicht nur aus ANC und National Party zusammensetzen, sondern dem Kabinett würden in diesem Fall vermutlich auch Politiker des PAC, Inkatha und der Conservative Party angehören. Die Integration dieser extremen linken und rechten Minderheitsgruppen könnte zur Chance für einen Stabilisierungsprozeß ebenso werden wie zur gezielten und permanenten Obstruktionspolitik durch diese Extremparteien. Sicher ist, daß der ANC die stärkste Partei in der ersten Postapartheidregierung sein wird und die Hauptverantwortung für die künftige Politik in Südafrika zu tragen haben wird. Schon jetzt ist abzusehen, daß eine vom ANC angeführte Regierung mit enormen Schwierigkeiten konfrontiert sein wird und Stimmen laut werden, die darauf abzielen die Kompetenz einer mehrheitlich von Schwarzen repräsentierte Regierung zu diskreditieren. Deshalb ist schon jetzt daran zu erinnern, daß eine neue südafrikanische Regierung einen sehr beschränkten Aktionsradius haben wird, weil ein Großteil ihrer Aktivitäten darauf gerichtet sein wird, in einem äußerst schwierigen politischen Prozeß den gesellschaftlichen Schaden zu minimieren, den vorher weiße rassistische Minderheitenregime verursacht haben.

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. Freiheit für Mandela, 1985, S. 49ff.

² Stimmen und Mandatsverteilung bei den Wahlen zum weißen südafrikanischen Parlament September 1989:

Nationale Partei (NP): 48% der Stimmen, 93 Mandate

Konservative Partei (CP): 31% der Stimmen, 39 Mandate

Demokratische Partei (DP): 20,5% der Stimmen, 33 Mandate.

³ s. Walter Michler, Weißbuch Afrika, Bonn 1991, S. 269.

⁴ Vgl. Südafrika im August 1990, Bericht einer Delegation der Österreichischen Bischofskonferenz und der Österreichischen Kommission Justitia et Pax, Wien 1990, S. 6-7.

⁵ s. IPS (African Selection), Nr. 036/91, S. 6.

⁶ Albert Nolan, Gott in Südafrika. Die Herausforderung des Evangeliums, Fribourg/Brig, 1989, S. 103.

*Heinz Holley, Abteilung für Politische Soziologie und Entwicklungsforschung am
Institut für Soziologie, Johannes Kepler-Universität Linz,
Altenbergerstraße 69, A-4040 Linz*

